



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 57. Ratssitzung vom 23. August 2023

2130. 2023/164

Weisung vom 29.03.2023:

Postulat von Natalie Eberle, Katharina Prelicz-Huber und 19 Mitunterzeichnenden betreffend Bericht über die Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht (Beilage) betreffend «Anliegen und Bedürfnisse von Kindern» - Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention durch die Stadt Zürich» wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2019/501 von Natalie Eberle, Katharina Prelicz-Huber und 19 Mitunterzeichnenden vom 20. November 2019 betreffend Bericht über die Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferat Schlussabstimmungen:

Fanny de Weck (SP): Die Eidgenossenschaft ratifizierte die UNO-Kinderrechtskonvention im Jahr 1997. Es ist eine der wichtigsten internationalen Menschenrechtskonventionen. Wie bei allen Rechtsnormen reicht ein Text nicht aus. Entscheidend ist, ob dieser umgesetzt und respektiert wird. Das muss in erster Linie auf regionaler Ebene geschehen. Insofern ist der Ansatz des Postulats, die Umsetzung der Kinderrechtskonvention in der Stadt Zürich zu beobachten, sinnvoll und wünschenswert. Der Bericht ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Es freut mich, dass der Bericht in der Kommission einstimmig angenommen wurde. Die UNO-Kinderrechtskonvention enthält einen breiten Fächer von Kinderrechten und Zielen, die ganz unterschiedliche Bereiche und damit unterschiedlichste Departemente und Ämter in Zürich betreffen. Dazu gehören das Zivilstandswesen, die Integrationsförderung, das Schul- und Bildungswesen, das Gesundheitswesen, die Wohnförderung und die Sozialhilfe für kinderreiche Familien. Sehr wichtig ist der Schutz der Kinder durch unsere Behörden, sei es vor Gewalt und Übergriffen, vor gefährlichem Verkehr und Schulwegen und vor Umweltbelastungen. Uneingeschränkte Geltung haben die Kinderrechte auch im Asylwesen und damit im Tätigkeitsbereich der Asyl-Organisation Zürich (AOZ). Ein wichtiges Thema ist die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in sämtlichen Prozessen. Der Bericht nimmt die verschiedenen Themen und Aspekte auf und zeigt, was die Stadt in diesen verschiedenen Bereichen macht und wo noch Probleme bestehen. Zusammenfassend hält der Bericht fest, dass Zürich viel unternimmt und die Kinderrechte im kommunalen Handeln berücksichtigt. Gleichzeitig weist er auf Potenziale hin, wie auf das Thema zusätzlich sensibilisiert werden kann und wie die Instrumente ausgeschöpft werden können. Um dieses Ziel zu erreichen, sieht der Stadtrat die Benennung einer stadtinternen Stelle vor, die einen gesamtstädtischen Fokus auf die nachhaltige Umsetzung der Kinderrechte



setzen soll. Dies geschieht durch einen Massnahmenplan und eine detaillierte Berichterstattung. Der Bericht ist zu begrüessen und schlägt mit der neuen Koordinationsstelle eine gute Richtung ein. Als Querschnittsbericht bleibt er naturgemäss ein wenig oberflächlich und kann nicht alles abdecken, was die Kinderrechtskonvention fordert. Zudem gibt es mehrere hundertseitige Kommentare. Im Bereich des Kinder- und Jugendrechts haben wir noch viel zu tun, sei es im Asylbereich, im Schutz vor Strassenverkehr, bei der Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und in vielen anderen Bereichen. Die Kinderrechte sind wie alle Rechte stets in Entwicklung. Die Städte können eine wichtige Rolle spielen. So konnten die Kinder von Sans-Papiers erst im Jahr 1991 die Schule besuchen; es war ein grosser politischer Kampf, das zu erreichen. Es gibt viele Bereiche, bei denen ich der Ansicht bin, dass wir uns in einigen Jahren nicht vorstellen können, wie wir mit Kindern umgegangen sind; sei es im klassischen Ausländerrecht oder im Bereich des Schutzes vor Verkehrsgefahren und Auswirkungen des Strassenverkehrs. Dabei bräuchte es keine UNO-Konvention, um die Pflicht zum Schutz der Rechte der Kinder zu verankern und ihre Umsetzung zu beaufsichtigen. Denn das alles ergibt sich auch aus unserer Bundesverfassung und Kantonsverfassung.

Weitere Wortmeldungen:

Moritz Bögli (AL): Der Stadtrat hat es sich einfach gemacht. Der Bericht ist purer Minimalismus. Der Bund und Kanton Zürich verletzen systematisch Kinderrechte von minderjährigen, nicht begleiteten Geflüchteten (*Mineurs non accompagnés*, MNA). In der Polizeikaserne beispielsweise, in der solche MNA leben, gibt es gravierende Missstände in Bezug auf den Platz oder die Betreuungsverhältnisse, wie das vor wenigen Monaten in den Medien thematisiert wurde. Auch über die inakzeptablen Zustände im von der AOZ geführten MNA-Zentrum Lilienberg sprachen wir im Rat und sie wurden in der Öffentlichkeit debattiert. Die neue MNA-Ausschreibung des Kantons ändert wenig an diesen Zuständen. Von solchen, meiner Meinung nach unhaltbaren Zuständen und wie die Stadt damit umgeht, liest man im Bericht leider nichts. Die AL stimmt der Weisung zu. Wir erwarten jedoch, dass die Stadt Zürich aktiv eingreifen wird, wenn durch öffentliche oder private Körperschaften auf dem Stadtgebiet oder in Organisationen, die mit der Stadt verbunden sind, Kinderrechte verletzt werden oder solche Verletzungen geduldet werden. Denn egal wer sie begeht, solche Verletzungen sind absolut inakzeptabel.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Es ist wichtig, dass wir uns immer wieder bewusst machen, dass Kinder eigene Rechte haben. Die Kantone und Wohngemeinden sind zuständig dafür, diese Rechte allen Kindern, die in der Schweiz leben, ohne jegliche Diskriminierung zu garantieren. Besonders wichtig ist, dass Kinder ihrem Alter entsprechend als mitwirkende Subjekte einbezogen werden. Es ist positiv, dass die Stadt ihre Verpflichtungen ernst nimmt und den Kinderrechten eine Bedeutung zumisst. Die genannten Herausforderungen, beispielsweise die verstärkte Partizipation von Jugendlichen sowie das Potenzial bei der Sensibilisierung für das Thema, sollte die Stadt proaktiv angehen. Dass es eine themenverantwortliche stadtinterne Stelle zur Koordination sowie den Massnahmenplan für vier Jahre geben soll, begrüessen wir. Ich greife zwei negative Aspekte aus dem Bericht auf. Es ist erstaunlich, dass das Departement der In-



dustriellen Betriebe angibt, dass es fast keine Berührungspunkte mit dem Thema Kinderrechte habe. Die Mobilität mit dem öffentlichen Verkehr ist sehr wichtig für Kinder und vor allem Jugendliche. Das ist eine grosse Lücke im Bericht. Weiter muss die Situation der MNA in der Stadt, für die die AOZ zuständig ist, verbessert werden. Der Bericht erwähnt das nur kurz, was sehr mangelhaft ist. Im Bereich der MNA wurde von Fachpersonen im Kanton bereits mehrfach und mit Nachdruck bemängelt, dass Kinderrechte nicht eingehalten werden. Der Bericht wäre eine grosse Chance, dem Rechnung zu tragen und darauf hinzuweisen. Ein Grossteil der MNA werden in Stadtzürcher Strukturen untergebracht. Der Bericht hätte kritischer sein müssen. Wir haben eine besondere Verantwortung gegenüber dieser vulnerablen Personengruppe. Der Bericht ist eine wichtige Grundlage und gibt einen Überblick. Er hätte jedoch kritischer sein können, im Bereich der besonders vulnerablen Kinder und Jugendlichen kritischer sein müssen.

Samuel Balsiger (SVP): Was glauben Sie, ist es einfacher, in einem armen oder reichen Land aufzuwachsen? In einem Land, das den Bürgern Stabilität, Wohlstand und Freiheit bietet, oder in einem Land, in dem der Staat sie einengt und in dem es durch eine falsche Migrationspolitik – wie in Frankreich – Vorstädte hat, in denen die gesetzliche Ordnung zusammengebrochen ist und arabische Familien und Gewalt herrschen? Wo ist es einfacher, als Kind aufzuwachsen? Wenn Sie sich langfristig und nachhaltig für Menschen und somit auch für Kinder einsetzen wollen, dann müssen Sie dafür sorgen, dass unser Land auf dem bürgerlichen Kurs bleibt, der unser Land erfolgreich gemacht hat. Unser Land hat es nicht wegen sozialistischer Rezepte so weit gebracht, oder weil wir massenhaft Leute eingebürgert oder die Grenzen komplett geöffnet haben. Das tun wir aber jetzt und darum haben wir steigende Mieten und ganz viele andere Probleme. Wenn Sie wollen, dass die Menschen in einer freien Gesellschaft mit Wohlstand aufwachsen, dann müssen Sie eine bürgerliche Politik vertreten. Sie sagen selbst, dass der Stadtrat Ihren Wunsch nach dem Bericht nicht richtig ernst nimmt. Ich kann Ihnen sagen, wie das verwaltungsintern ablaufen wird. Es werden zwei, drei Mal pro Jahr Leute aus einem bestehenden Team genommen, dann wird diskutiert und dann ist die Umsetzung sichergestellt. Sie verändern so nichts. Die linke Politik macht die Schweiz kaputt. Heute haben die Jungen noch eine Chance, sie finden eine Lehre und Arbeit, sie können etwas aus ihrem Leben machen. Mit der linken Politik wird das zerstört. Wir Bürgerlichen erhalten die Schweiz und das, was uns Wohlstand brachte.

Moritz Bögli (AL): Die rassistischen Aussagen meines Vorredners sind inakzeptabel und des Rats unwürdig. In Zwölfer- oder Sechzehner-Zimmern aufzuwachsen, ist meiner Meinung nach kein gutes Aufwachsen. Nur weil es an einem anderen Ort schlechtere und inakzeptablere Zustände gibt, macht es das in keiner Weise akzeptabel, dass wir Kinder, die in der Schweiz leben, unmenschlich behandeln und gegen die Kinderrechtskonvention verstossen. Es spielt keine Rolle, was an anderen Orten geschieht: Es geht um die Schweiz und die Zustände in der Schweiz sind komplett unhaltbar.

Samuel Balsiger (SVP): Warum wird vom Präsidium nicht eingegriffen, wenn meine sachlich vorgetragene Rede als rassistisch betitelt wird? In der Schweiz haben wir einen Strafbestand des Rassismus und mir wird unterstellt, dass ich eine Strafrechtsverletzung begangen habe. Das Präsidium müsste eingreifen und sagen, dass mich der AL-



4 / 5

Sprecher als Rassist diffamiert. Das bin ich nicht. Wenn Sie mein Privatleben kennen, können Sie dem problemlos zustimmen. In den französischen Vorstädten hat der Staat nicht mehr die Oberhand. Durch die falsche Einwanderungspolitik gibt es arabisch dominierte Gegenden, die von Feuerwehr, Sanität und Polizei nicht betreten werden können.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK SD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Referat: Fanny de Weck (SP); Marcel Tobler (SP), Präsidium; Mélissa Dufournet (FDP), Vizepräsidium; Walter Angst (AL), Samuel Balsiger (SVP) (für vakanten Sitz SVP), Patrik Brunner (FDP), Yves Henz (Grüne), Hannah Locher (SP), Michele Romagnolo (SVP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Ruedi Schneider (SP), Dr. Josef Widler (Die Mitte)

Enthaltung: Ronny Siev (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SD mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK SD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Fanny de Weck (SP); Marcel Tobler (SP), Präsidium; Mélissa Dufournet (FDP), Vizepräsidium; Walter Angst (AL), Samuel Balsiger (SVP) (für vakanten Sitz SVP), Patrik Brunner (FDP), Yves Henz (Grüne), Hannah Locher (SP), Michele Romagnolo (SVP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Ruedi Schneider (SP), Dr. Josef Widler (Die Mitte)

Enthaltung: Ronny Siev (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SD mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht (Beilage) betreffend «Anliegen und Bedürfnisse von Kindern» - Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention durch die Stadt Zürich» wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2019/501 von Natalie Eberle, Katharina Prelicz-Huber und 19 Mitunterzeichnenden vom 20. November 2019 betreffend Bericht über die Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 30. August 2023



5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat